



Patienten und Geflüchtete am vergangenen Freitag im Schifa-Krankenhaus in Gaza-Stadt

4 Ärzte, 100 Patienten, 0 Blutkonserven

In Gaza wird die humanitäre Lage immer dramatischer. Ein Arzt im eingekreisten Norden berichtet vom Kriegsalltag VON LEA FREHSE

Es ist Dienstag, früher Morgen, als der Arzt Fadel Naim ans Telefon geht. Drei Verletzte seien gerade angekommen, erzählt er: einer mit einem Schädelhirntrauma, einer mit einem zersplitterten Bein, einer mit schweren Verbrennungen von Kopf bis Fuß. Naim muss die Triage anwenden: Wen können sie noch behandeln, wen nicht? In seinem Krankenhaus, der Ahli-Klinik in Gaza-Stadt, gebe es zu diesem Zeitpunkt noch vier Ärzte, etwa hundert Patienten, vierhundert Schutzsuchende und keine Blutkonserven. Plötzlich hört man jemanden im Hintergrund rufen: »Also begraben oder nicht?«

Es gehe um einen jungen Mann, erklärt Naim. Sie hätten ihn nicht retten können. Aber er sei so stark entsetzt, dass niemand ihn habe identifizieren können. Würden sie den Toten jetzt bestatten, bliebe er namenlos. Ihn länger in der Klinik lagern können die Ärzte aber auch nicht, die Kühlräume funktionieren längst nicht mehr. »Begraben!«, ruft Naim zurück.

Naims Klinik ist seit Mitte Oktober weltbekannt: Damals ereignete sich auf dem Parkplatz eine furchterliche Explosion, vermutlich aufgrund einer abgestürzten palästinensischen Rakete. Nun ist der Norden Gazas, in dem die Ahli-Klinik liegt, seit einigen Tagen von der israelischen Armee ab-

getrennt vom Rest des Küstenstreifens. Laut UN-Angaben ist die Klinik das letzte funktionierende Krankenhaus in Gaza-Stadt.

In der Ahli-Klinik landen Verwundete, die das Schifa-Krankenhaus nicht mehr versorgen kann. Es liegt nur drei Kilometer weiter die Hauptstraße entlang und ist das wichtigste medizinische Versorgungszentrum in Gaza. Das Krankenhaus hat laut WHO seit Tagen keinen Strom und kein Wasser mehr. Patienten werden nur noch nordtrocken versorgt.

Auf das Schifa-Krankenhaus blickt jetzt die Welt: Es ist, umstellt von israelischen Panzern, zum Symbol geworden für die Barbarei, die sich die Kriegsparteien gegenseitig vorwerfen. Die israelische Regierung beschuldigt die Hamas, das Klinikgebäude untertunnelt zu haben und es als Hauptquartier zu nutzen. Für sie ist das Schifa-Krankenhaus ein weiterer Beweis dafür, dass die Hamas Zivilisten als menschliche Schutzschilde benutzt. Die USA kommen zum gleichen Schluss. Die Klinikdirektion in Gaza wiederum weist die Vorwürfe als »Lüge« zurück.

Längst steht in der Wahrnehmung vieler Palästinenser die Belagerung des Schifa-Krankenhauses dafür, dass Israel nicht mehr nur gegen die Hamas kämpft, sondern gegen das palästinensische Volk. In den kommenden Tagen dürften mehr und mehr Beweise ans Licht kommen, was im Schifa-Kranken-

haus geschah. Und diese werden mit darüber entscheiden, wie die internationale Gemeinschaft auf die israelische Kriegsführung reagiert. Man gehe davon aus, dass man noch zwei, vielleicht drei Wochen habe, um die Militäroffensive mit dieser Intensität weiterzuführen, sagte der israelische Außenminister Eli Cohen Anfang der Woche. »Der internationale Druck ist nicht hoch, aber er steigt.«

Dass die Weltöffentlichkeit jetzt auf die Krankenhäuser schaue, finde er wichtig, sagt der Arzt Fadel Naim. Er sieht darin aber auch eine Gefahr: »Ich fürchte, das dient auch der Ablenkung.« Wer spreche noch über das, was außerhalb der Kliniken passiere? Über die humanitären Folgen dieser Kriegsführung?

950 Lastwagen mit Nahrung seien in Gaza angekommen. Doch es bräuchte 750 – täglich

Auf dem Bildschirm erscheint er nur körnig, aber Thomas White ist gut zu hören. Der Direktor der UNRWA in Gaza, dem zentralen UN-Hilfswerk vor Ort, spricht zu Beginn der Woche per Videoschalttafel auf Gaza zu einer Reihe von Journalisten über die Lage vor Ort. White befindet sich im Süden Gazas, also dort, wohin der Großteil der Bevölkerung aus dem Norden geflüchtet ist: Rund 790.000 Menschen sind in Schulen, Lagerhallen und eilig eingerichteten

Notunterkünften der UNRWA untergebracht worden. »Um diese Zahlen ins echte Leben zu übersetzen: Stellen Sie sich vor, Sie betreten den Flur einer Schule. Es ist vollkommen dunkel, weil es keinen Strom gibt, Sie sehen niemanden. Aber Sie spüren die Menschen. Sie spüren die Feuchtigkeit von sehr vielen Körpern auf engem Raum.« Im Schnitt teilen sich 125 Vertriebene eine Toilette, für jede Person seien zwei Liter Trinkwasser pro Tag vorgesehen. UNRWA, auf das die meisten Menschen in Gaza angewiesen sind, könne nicht einmal 40 Prozent der Nahrungsmittel bereitstellen, die gebraucht würden. »So sieht eine Hilfsoperation aus, der die Luft abgeschnitten wird«, stellt White fest.

Was er damit meint, beschreiben andere große Hilfsorganisationen vor Ort: Die internationale Aufmerksamkeit für die humanitäre Situation sei gewachsen, die Lage selbst habe sich aber verschlechtert. Hilfslieferungen würden erschwert. Fünfmal seien Notunterkünfte der UNRWA beschossen worden – obwohl deren Koordinaten der israelischen Armee vorliegen. Am vergangenen Wochenende sei auch ein UN-Gästehaus beschossen worden. Über 100 UN-Mitarbeiter seien seit Kriegsbeginn getötet worden. Niemand weiß, wie viele Menschen sich noch im Norden befinden, aber manche Diplomaten schätzen, dass es noch mehrere Hunderttausend sein könnten. »Gaza wird mehr und mehr zum schwarzen Loch«,

sagt ein Diplomat. Laut israelischer Armee seien inzwischen 950 Lastwagen mit Nahrung, Wasser und Medikamenten angekommen. Doch um den grundlegenden Bedarf zu decken, bräuchte es 750 Lastwagen – täglich. Vor allem aber fehle es an Treibstoff.

Treibstoff wird für das zivile Leben gebraucht, kann aber auch für Kriegszwecke missbraucht werden. Israel befürchtet, dass die Hamas den Treibstoff abzwiegt und für ihr Kriegsgerät nutzt. Doch ohne Treibstoff fahren keine Hilfslaster, laufen keine Krankenhausgeneratoren, bleiben die Öfen der Bäckereien kalt. Vor dem kommenden Wochenende, warnt Thomas White, werde man den letzten Vorrat aufgebraucht haben. Dann muss sein Hilfswerk den Betrieb einstellen. Manche Helfer fürchten, Israels Unnachgiebigkeit bei der Hilfe diene als Faustpfand in den Verhandlungen, um die mehr als 200 israelischen Geiseln zu befreien.

Dort, in diesem schwarzen Loch im Norden, arbeitet der Arzt Fadel Naim. Seine Familie hat er in den Süden geschickt. Ständig hört er die Detonationen, aber er weiß nicht, wie es draußen auf den Straßen aussieht: Er habe das Krankenhaus seit einem Monat nicht mehr verlassen. Nach Hause zu gehen sei zu gefährlich, sagt Naim. Und wer weiß schon, ob es sein Zuhause noch gibt.

Mitarbeit: Anant Agarwala

Was die Menschen in Gaza über die Hamas denken

Bis zu den Anschlägen hielten die meisten von ihnen die Terrororganisation für korrupt und erkannten das Existenzrecht Israels an. Und jetzt? VON SAMIHA SHAFY

Was für ein absurder Zufall, dass Amaney Jamals jüngste Studie über die politischen Haltungen der Menschen in Gaza am 6. Oktober endete – einen Tag vor dem Anschlag der Hamas auf Israel, der alles verändert hat. Die Ergebnisse der palästinensisch-amerikanischen Politikprofessorin aus Princeton sind gerade erst publiziert worden und schon vom Krieg überholt. Und dennoch lohnt es sich, die Studie genauer anzuschauen.

Denn die Daten widerlegen so manches Vorurteil über die Bevölkerung von Gaza, die seit 2007 von den Terroristen der Hamas regiert wird. Über diese Menschen wird oft gesprochen, als seien sie eine undifferenzierte Masse – mehr als zwei Millionen Frauen, Männer und Kinder, die unter dem Verdacht stehen, die Weltanschauung der Hamas zu teilen. Israels Staatspräsident Izchak Herzog etwa sagte, »eine ganze Nation« sei verantwortlich für die Taten der Hamas: »Sie hätten sich erheben können, sie hätten gegen das teuflische Regime kämpfen können.« Noch krasser formuliert es der israelische Verteidigungsminister Joav Galant, als er die »totale Blockade« des Gazastreifens ankündigte: »Wir bekämpfen menschliche Tiere, und wir handeln entsprechend.«

Ein Video-Anruf bei Amaney Jamal in Princeton. Sie ist 52 Jahre alt, geboren in Oakland, Kalifornien. Als sie zehn Jahre alt war, beschlossen ihre Eltern, dass sie ihre palästinensischen Wurzeln

kennenlernen sollte. Bis dahin war sie noch nie im Nahen Osten gewesen, nun zog die Familie nach Ramallah im Westjordanland. Dort besuchte Jamal eine englischsprachige Schule. Zum Studium ging sie zurück in die USA, lehrte an der Columbia University in New York sowie in Princeton und wurde 2021 Dekanin der Princeton School of Public and International Affairs.

Ihre Studie über Gaza ist der Versuch einer Differenzierung. Sie entstand im Rahmen der regelmäßigen repräsentativen Meinungsumfragen, die Jamal und ihr Team des internationalen Forschungsnetzwerkes Arab Barometer seit 2006 in 16 arabischen Ländern durchführen. Zunächst einmal zeigen die Ergebnisse, wie elend das Leben der Menschen schon vor dem Krieg – dem fünften seit 2008 – war. »75 Prozent gaben an, dass sie nicht genug zu essen hätten«, berichtet Jamal. 2021 seien es noch 51 Prozent gewesen, fast ein Viertel weniger. Die Blockade, die Israel und Ägypten nach der Machtübernahme der Hamas in Gaza errichtet hatten, trug dazu bei, dass die meisten Einwohner nur mit humanitärer Hilfe überleben konnten. Inflation und steigende Preise verschlimmerten die Lage. Die Bevölkerung wuchs, immer mehr Menschen drängten sich auf dem Küstenstreifen, der halb so groß ist wie Hamburg: rund die Hälfte von ihnen ist jünger als 20 Jahre.

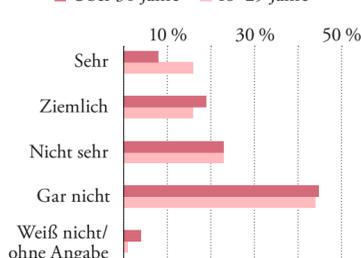
Für ihre Not machten die Befragten in Jamals Studie aber nicht in erster Linie Israel verantwortlich – sondern die Hamas. 44 Prozent sagten, sie

hätten »gar kein Vertrauen« in die Hamas, 23 Prozent hatten »nicht viel Vertrauen«. Fast drei Viertel waren der Ansicht, dass die Regierungsinstitutionen mäßig korrupt bis sehr korrupt seien. Am schlechtesten schnitt die Hamas bei den ärmsten Palästinensern ab. »So wenig Unterstützung für die Hamas hatten wir lange nicht mehr gesehen«, sagt Jamal. Mehr als zwei Drittel der Befragten glaubten allerdings auch, dass friedlicher Protest gegen die Hamas gefährlich wäre.

Wenig Vertrauen

Wie sehr vertrauen Sie der Regierung der Hamas?

■ Über 30 Jahre ■ 18–29 Jahre



ZEIT-GRAFIK/Quelle: Arab Barometer Wave VIII, Gaza (2023)

Die Palästinensische Autonomiebehörde (PA), die im besetzten Westjordanland regiert und die – in einem von den USA favorisierten Zukunftsszenario – nach dem Krieg auch den Gazastreifen verwalten könnte, ist in den Augen der Menschen ähnlich korrupt und unfähig wie die Hamas. 52 Prozent sagten, die PA sei eine Bürde für das palästinensische Volk, und 67 Prozent wünschten sich, dass der 88-jährige Präsident der PA, Mahmud Abbas, zurücktrete. »Die Palästinenser fühlen sich ökonomisch erstickt, politisch rechtlos, und sie haben diese Regierungen, die beide ineffektiv sind«, sagt Jamal. Ein Großteil der Bevölkerung von Gaza habe grundsätzlich das Vertrauen in die Politik verloren.

In die Politik, aber nicht in den Friedensprozess – dies ist ein überraschendes Ergebnis der Studie. Eine Mehrheit der Befragten befürwortete bis zum 6. Oktober immer noch die lange totesagte Zweistaatenlösung – und erkannte, anders als die Hamas, das Existenzrecht des Staates Israel an. 73 Prozent sprachen sich für eine friedliche Lösung des Nahostkonflikts aus. Eine Minderheit von 20 Prozent plädierte für bewaffneten Widerstand. Und jetzt?

Wie der Krieg die Menschen in Gaza verändere, lasse sich noch kaum abschätzen, sagt Jamal. Er sei anders als die bisherigen Gaza-Kriege, um ein Vielfaches brutaler und verlustreicher; deshalb gebe es keinen Vergleich. Doch aus früheren Studien wisse sie: »Nach jedem bewaffneten Konflikt steigen die Zustimmungswerte für die Hamas, und die Unter-

stützung für den Friedensprozess nimmt ab.« Wenn die US-Regierung nun hoffe, das Modell des Westjordanlandes ließe sich auf Gaza übertragen – mit einer palästinensischen Autonomiebehörde, die von der Bevölkerung als verlängerter Arm der israelischen Besatzung gesehen werde –, dann werde sie enttäuscht werden. Das könne nicht funktionieren.

Und noch etwas zeigen Jamals Studien: »Den Menschen in Gaza ist es nicht egal, wie Politiker in den USA und in Europa über sie sprechen. Es gibt keinen Grund, warum man nicht sagen könnte: Israel hat etwas Furchtbares erlebt und das Recht, sich zu verteidigen – aber es hat nicht das Recht, Tausende Frauen und Kinder zu töten.«

Jamal ist Wissenschaftlerin, sie kämpft um analytische Präzision und Sachlichkeit in aufgewühlten Zeiten. Bei einem öffentlichen Auftritt wenige Tage nach dem Terroranschlag der Hamas verurteilte sie diesen in klaren Worten: »Ich bin absolut entsetzt über die brutalen Attacken der Hamas auf unschuldige israelische Bürger.« Trotzdem wurde sie zum Opfer einer Rufmord-Kampagne: Eine Gruppe pro-israelischer Aktivisten fuhr mit einem Laster durch Princeton, auf dem blutige Fotos des Anschlags prangten und dazu die Aufschrift: »Dekanin Jamal: Warum verhätscheln Sie den Antisemitismus?« Jamal lächelt, wenn man sie darauf anspricht, ein bisschen resigniert. »Die Gruppe hat sich inzwischen privat bei mir entschuldigt«, sagt sie. »Ich habe sie aufgefordert, die Entschuldigung auch öffentlich zu machen.«